

Begien, Dienau, Luy, Millarg, Reinhardt, Rohrlack, Schaaf, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmitt-München, Slomke, Ströbel, Türt, Wäffel, Wernicke, Wiehle.

Mit Nein stimmen: Adler, Albert, Antrid, Auer, Bäver, Vater, Bamberger, Bebel, Bécard, Berthold, Bok, Bogasch, Bolno, Breil, Brey, Buder, Dahlen, Deinhardt, Diehl, Dieh, Doppler, Dreyer, Dubber, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Wirna, Erdbeer, Fell, Fellgentreff, Fiedermann, Fischer-Berlin, Fischer-Hamburg, Franke, Frik, Frohme, Fülle, Galm, Ged, Gerisch, Gerischer, Gewehr, Geyer, Gockel, Gottschald, Günther, Haase, Hamann, Händel, Harm, Hasche, Heilmann, Heinrich, Herbert, Hesse, Hefmer, Heuzgen, Heymann, Hillermann, Hofmann, Hofmeister, Hofrichter, Hölze, Huber, Hülle, Hug, Huth, Jacoben, Jahn, Jochem, Joest, Kaden, Kaufmann, Keller, Kerl, Kessler, Kleemann, Klees, Klingenhagen, Kippel, Kobel, Koenen, Köhler, König, Komalowsky, Künzel, Kunze, Kutsche, Lange, Leichhardt, Lehmann, Lehninger, Leopold, Lesche, Lesner, Leven-Solingen, Leven-Neuf, Liebnacht, Lütgenau, Meiß, Meißer, Meiß, Metzger, Metzner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Mollenbühr, Müller, Nikulski, Nischke, Dertel, Oßermann, Oßificius, Oster, Oitwald, Paul, Prinz, Quandt, Raue, Reißhaus, Riedel, Röber, Rosenow, Rüdft, Schaal, Schallbruch, Schippel, Schleper, Schmalfeld, Schmid-München, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-Zwickau, Schmitt-Pirmasens, Schmitt-Crefeld, Schneider, Schoenlant, Schrader, Schröder, Schulz-Berlin, Schulz-Reiherstieg, Schulz-Wenigenjena, Schulze, Schumacher-Mülheim, Schumacher-Solingen, Schumann, Silberschmidt, Singer, Spörkel, Stadthagen, Stamm-Gannshadt, Stamm-Remscheid, Stein, Stephan, Stiriuz, Stolten, Stubenreich, Stüven, Suskof, Thiele, Tiede, Ulrich, Voigt, Wassermann, Wengels, Wehler, Wurm, Zettin, Ziegeler, Zubeil.

Der abwesende Delegirte Drbig läßt erklären, daß er, falls er anwesend gewesen wäre, gegen die Resolution Arons gestimmt haben würde.

Die Resolution Auer wird darauf einstimmig unter lautem Beifall angenommen.

Damit sind die Anträge 85, 86, 88, 105 und die Resolution Schlumberger erledigt. Der Antrag 89 wird abgelehnt.

Der sozialistische Verein „Vorwärts“ in Heidelberg hat die Entscheidung über den Ausschluß eines Mitgliedes dem Parteitag in Köln anbeimgestellt, da die mit der Sache befaßte Kommission sich für inkompetent erklärt habe. Es wird über die Eingabe zur Tagesordnung übergegangen, da der Parteitag sich erst im Wege der Berufung mit der Angelegenheit befassen kann.

Ueber eine fernere Mittheilung, welche die Beschäftigungsdauer von bei Konsumvereinen in Sachen angestellten Genossen betrifft,

K

wird „in Erwägung, daß den Genossen es überlassen bleibt, an die sächsische Landesversammlung mit der Beschwerde heranzutreten“, ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Depesche aus Lörrach, wonach der Genosse Stegmüller mit 34 gegen 14 Stimmen zum badischen Landtagsabgeordneten gewählt worden ist, wird mit großem Beifall aufgenommen.

Schluß nach 1 Uhr.

#### Nachmittagsitzung.

3/4 Uhr. Fell eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß bei der Landtagswahl in Mannheim Genosse Gek 196, der National-liberale Ladenburg 198 Stimmen erhalten hat, weil mehrere Wahlmannswahlen fassirt worden seien. Die Wahl werde angefochten werden.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 7:

#### Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Hierzu schlägt der Referent Bebel folgende Resolution vor: „Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzampfe unbequem wird: gegen das jüdische Ausbentertum.“

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbentertum muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie deren Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen

K

durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt es die Sozialdemokratie ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann.

Referent Nebel: Als der Parteivorstand voriges Jahr den Punkt „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung des Berliner Parteitagessetzte, nahm besonders die antisemitische Presse mit Genugthuung Akt davon; sie wies darauf hin, daß die offizielle Behandlung dieser Frage auf unserem Parteitage beweise, welche Bedeutung der Antisemitismus in Deutschland erlangt habe. Gewiß hat die antisemitische Bewegung in Deutschland eine gewisse Bedeutung erlangen müssen, bevor wir uns entschließen konnten, dazu Stellung zu nehmen; aber daß dies geschieht, weil wir den Herren eine besonders große Bedeutung beilegen, darin dürften sie sich, und die heutige Verhandlung wird es hoffentlich zeigen, sehr geirrt haben. Wir haben dieser Frage gegenüber nur gethan, was wir allen neu auftretenden und eine gewisse Bedeutung erlangenden Erscheinungen auf sozialpolitischem und ökonomischem Gebiet gegenüber als Partei thun müssen. Gerade unsere Partei hat weniger als irgend eine versucht, vor solchen Erscheinungen die Augen zu schließen, sondern sie hat es sich angelegen sein lassen, sie genau auf ihren Werth und ihre Bedeutung hin zu prüfen.

Spricht man uns vom Antisemitismus als einer neuen Erscheinung, so ist das richtig und nicht richtig. Versteht man unter Antisemitismus die Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine neue Erscheinung insofern, als sich die gegen das Judenthum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer politischen Partei zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich betheiligt. Dazu kommt, daß über die Bedeutung dieser Bewegung in unseren eigenen Kreisen eine gewisse Unklarheit herrscht. Wenige Tage vor dem Parteitage hatte ich in Berlin im VI. Wahlkreise das Referat

K

über den jetzt stattfindenden Parteitag und berührte kurz auch diesen Punkt. Da meinte ein Genosse, man lege der Sache eine viel zu große Bedeutung bei, der Antisemitismus sei nur ein Produkt von Schlagworten, und der Beifall, der diesem Ausspruch seitens eines Theiles der sehr stark besuchten Versammlung folgte, bewies mir, daß ein nicht unbeachtenswerther Theil der Genossen in dieser Frage noch nicht klar sieht. Wäre der Antisemitismus nur ein Produkt von Schlagworten, so hätten wir uns mit ihm gar nicht zu beschäftigen. (Zustimmung.) Wenn man den Antisemitismus deziert abfertigt, dann sieht diese Behandlung auf derselben Stufe, von der uns die Gegner lange Zeit abzufertigen versucht haben. (Sehr richtig!) Auch da hieß es, die Sozialdemokratie ist bloß ein Produkt der Agitation gewisser Leute, mit deren Verschwinden oder Mundtodtmachung auch die Sozialdemokratie von der Bildfläche verschwinden wird. Daß diese Auffassung total irrig ist, haben die erbittertsten Gegner an dem gewaltigen Wachstum unserer Bewegung und durch sonstige Erfahrungen durchweg erkannt. Ueber Erscheinungen, die Wiberhall in den Massen finden, über die kann man nicht hinweggehen, man muß sie auf ihre Ursachen hin prüfen und wenn die Ursachen der Erscheinungen erkannt wurden, muß man nach den Mitteln suchen, durch welche die Uebel, die jene Erscheinung erzeugten, beseitigt werden können. In letzterem Punkte stehen wir der antisemitischen Bewegung anders gegenüber als anderen Erscheinungen. Wir können erklären, daß die Uebel, die den Antisemitismus erzeugten, verschwinden werden, aber nicht dadurch, daß der Antisemitismus siegt, sondern dadurch, daß die Uebel und mit den Uebeln der Antisemitismus selbst hinwählig wird und beide verschwinden. (Sehr richtig.)

Der Antisemitismus, im Sinne des Judenhasses aufgefaßt, ist eine sehr alte Erscheinung. Von dem Augenblicke an, wo das alte jüdische Reich vernichtet, Jerusalem zerstört und die jüdische Bevölkerung auseinander gesprengt wurde und sich über alle Länder der damaligen Kulturwelt verbreitete, hat eine gewisse antisemitische Strömung Platz gegriffen. Schon Tacitus spricht sich in seinen „Annalen“ in der feindseligsten Weise gegen die Juden aus. Die Juden waren in ihrem Heimathlande bis zu ihrer Vertreibung ein wesentlich ackerbau- und daneben gewerbetreibendes Volk; als handeltreibendes Volk von größerer Bedeutung sind die Juden im Gegensatz zu ihren Stammesverwandten, den Phöniziern, Tyrenern und Karthagern, in der alten Kulturwelt nicht aufgetreten, hauptsächlich wohl weil ihr Land nicht am Meere lag. Charakteristisch ist aber, daß sie sofort nach ihrer Zerstreuung und Verbreitung über die alte Kulturwelt sich größtentheils dem Handel zuwandten. Sie konnten allerdings auch in eine auf der Sklavenarbeit beruhenden Gesellschaftsordnung, wie sie die alte Kulturwelt besaß, und da

K

ſie außerhalb dieſer Geſellſchaft ſtanden, als Arbeiter nicht einbringen. Der Handel war ſo die einzig mögliche Beſchäftigung, für den überdies die jemiſche Raſſe unzweifelhaft ſtets eine große natürliche Anlage beſeſſen hat. So treiben ja die Juden überwiegend überall Handel bis auf den heutigen Tag dort, wo ſie als kleine Minorität wohnen; aber dort, wo ſie maſſenhaft nebeneinander leben, in Ungarn, Polen, Galizien, Theilen von Rußland, haben ſie ſich auch in der Mehrzahl dem Gewerbebetrieb und ſelbſt dem Landbau zugewandt und zwar weil ſie mußten, denn alle können nicht handeln, und ſo liegt dort nur ein kleiner Theil von ihnen dem Handel ob. Dort wird die Maſſe der arbeitenden Juden von jüdiſchen Kapitaliſten und Unternehmern ganz ebenſo ſchamlos ausgebeutet, wie die chriſtlichen Arbeiter im chriſtlichen Europa von chriſtlichen und jüdiſchen Ausbeutern ausgebeutet werden. Nur wo die Juden mehr in der Vereinzelung leben, wie in Deutſchland, wo auf 50 Millionen Einwohner etwa 500 000 Juden kommen, iſt ihre Hauptbeſchäftigung der Handel. Dieſe Entwicklung iſt nun durch die Umſtände, im Laufe von faſt 2000 Jahren, im höchſten Maße begünſtigt worden. Mit Ausnahme der Glanzperiode im muhamedaniſch-arabiſchen Reich wurden die Juden bis in die neueſte Zeit durch die Geſetzgebung geſtiſſentlich von jeder anderen Beſchäftigung ausgeſchloſſen. Judäa war bekanntlich die Wiege des Chriſtenthums; ſehr bald aber trat das Chriſtenthum in Feindſchaft zum Judenthum. Anderſeits waren die Juden von tiefem Haß gegen die Chriſten erfüllt, weil ein Theil der erſten Chriſten Juden waren und die Juden jene als räudige Schafe, als Abtrünnige von ihrem Glauben betrachteten und ſie verfolgten. Nimmt man hierzu die Darſtellung der chriſtlichen Kirche von den Verfolgungen und dem Kreuzestode Chriſti, den die Juden veranlaßten, ſo iſt es klar, daß dieſes die Maſſen vom Mittelalter bis heute beherrſchende religiöſe Moment nothwendig den Judenhaß, wenn nicht hervorgerufen hat, ſo doch bedeutend verſchärfen mußte. Dazu kommt die Abneigung, die zwiſchen Menſchen verſchiedener Raſſe, namentlich bei Menſchen auf niedriger Kulturstufe, allgemein vorhanden iſt. Und eine Verſchiedenheit der Raſſe beſteht zwiſchen den Juden und der übrigen Bevölkerung. Wir ſehen ja, wie noch heute der Nationalhaß, der milder als der Raſſenhaß iſt, von der Bourgeoiſie geſchürt, tief eingewurzelt iſt, da begreift ſich um ſo leichter das Vorhandenſein des Raſſenhaſſes. Es handelt ſich eben um zwei in ihrem Charakter und ihrem ganzen Weſen grundverſchiedene Raſſen, deren Grundverſchiedenheit durch 2000 Jahre hindurch bis heute aufrecht erhalten worden iſt. Hat dann gar der unter einem anderen Volke lebende Jude das Malheur, durch ſein Aeußeres aufzufallen, ſo daß man ihm gewiffermaßen ſchon an der Naſe anſieht, daß er ein Jude iſt (Weiterſeit), alſo im

böſen Sinne des Wortes als ein Gefennzeichneter angeſehen wird, ſo begünſtigt dieſes noch die Raſſenfeindſeligkeit.

Scheinbar mit Recht werfen die Antieſemiten den Juden vor, daß ſie eine den Germanen beſonders feindſelige Raſſe ſeien, mit beſonders unangenehmen Raſſeneigenſchaften, weil ſie ſonſt ihre Abſonderung unter der chriſtlich-germaniſchen Geſellſchaft doch nicht faſt zweitauſend Jahre hätten aufrecht halten können. Hierbei aber wird vergeſſen, daß die Juden bis in die neueſte Zeit gezwungen wurden, von der übrigen Bevölkerung getrennt zu leben, eſei denn ſie gaben ihren Glauben auf. Durch das ganze Mittelalter beſtand eine in ihren Einzelheiten wechſelnde, aber im Ganzen dauernd feindſelige Geſetzgebung gegen die Juden, die ſie völlig unterdrückte und zur Vereinfamung geradezu zwang. Und dieſer tauſendjährige Druck hat außerordentlich den engen Zuſammenſchluß unter ihnen gefördert. Alſo die Geſetzgebung des Mittelalters hat von vornherein gegen die Juden ſchwer geſündigt und damit wider den Willen der Geſetzgeber die Erſcheinungen begünſtigt, die nach meiner Auffaſſung heute an den Juden, objektiv betrachtet, oft mit Unrecht getadelt werden. Außerdem haben häufig die beſtigſten und gewaltthätigſten Judenverfolgungen ſtatgefunden, ſo in der Zeit von 1198 bis 1391 nicht weniger als 52 größter Art. An dieſen Verfolgungen haben ſich alle bedeutenden Städte Deutſchlands jener Zeit ohne Ausnahme theilgeſt, ſo Köln, Mainz, Nürnberg, Augsburg, Frankfurt am Main u. ſ. w. u. ſ. w. Und es waren nicht Verfolgungen, wie wir ſie z. B. unter dem Ausnahmegeſetz gegen uns kennen gelernt haben. Die Juden wurden wegen ihres Glaubens, wegen ihrer Raſſe und namentlich wegen ihres Vermögens von Haas und Hof vertrieben, beraubt, ausgeplündert, grauſam mißhandelt und ſehr oft ermordet. In manchen dieſer Judenverfolgungen betrug die Zahl der Opfer bis zu zehntauſend. Ich geſtehe, ich kann eine gewiſſe Bewunderung nicht unterdrücken für eine Raſſe, die trotz all dieſer fürchtbaren Verfolgungen ſich dennoch in ihrer Art weiter entwickelt und ſelbſtändig aufrecht erhalten hat; eine Erſcheinung, die außer bei den Juden nur noch bei einem Volke in der Geſchichte, den Zigeunern, ſich zeigte. (Weiterſeit.)

Gingen dieſe Thaten und Gewaltthaten oft unter Billigung und Unterſtützung der geiſtlichen und weltlichen Obrigkeit vor ſich, ſo war anderſeits die weltliche Obrigkeit geneigt, den Juden gewiſſe Begünſtigungen einzuräumen. Die Juden waren, weil keinem deutſchen Stamme angehörig, der kaiſerlichen Schutzherrſchaft unterſteht, ſie galten als „des heiligen römischen Reichs Kammerſchrecke“ und waren als ſolche zur Zahlung eines beſtimmten jährlichen Schutzgeldes, des ſogenannten Judenſchutzgeldes, verpflichtet. Verſchiedene Kaiſer geſtatteten den Juden, um das Schutzgeld erhöhen zu können,

von dem von ihnen verliehenen Gelde doppelt so hohen Zins zu nehmen, als dies sonst nach den bestehenden Verordnungen über die Zinsbeschränkungen zulässig war. Wucher, d. h. Zinsnehmen war ursprünglich überhaupt von der katholischen Kirche verpönt und galt als unchristlich. Das Verbot des Zinsnehmens war aber, sobald Kapital sich zu bilden begann, undurchführbar. Und als die Kirche selbst in den Besitz von Kapital und liegenden Gründen kam, die letzteren sie zu verpachten anfang, d. h. als sie begann, selbst Wucher zu treiben, da war ihr eigenes Interesse gegen das Verbot des Zinsnehmens gerichtet. Jetzt wurden Maximalsätze für die Zinsnahme eingeführt, also Zinsbeschränkungen, wie sie bis in die neueste Zeit bestanden haben, und wie sie die Antisemiten jetzt wieder einführen möchten. Mit dem erhöhten Zins, den die Juden nehmen durften, erhöhte sich aber auch das Schutzgeld, welches die Kaiser erhielten. Diese begünstigten also den Wucher der Juden, des eigenen Theils wegen. Durch das ganze Mittelalter hindurch galten für die Stellung der Juden in Deutschland folgende Hauptbeschränkungen: Sie durften keinen Grundbesitz erwerben oder besitzen; sie durften kein Handwerk betreiben; sie waren unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte; sie waren belastet mit besonderen Abgaben; sie wurden gezwungen, in bestimmten Stadttheilen oder besonderen Dörfern zu wohnen — das bekannte Ghetto, wie es noch bis vor wenigen Jahrzehnten in Rom bestand —; sie mußten äußere Kennzeichen tragen, die charakteristische Nase als Kennzeichen genügte nicht (Heiterkeit); sie durften Christen nicht ehelichen, sie wurden also, wenigstens zur legitimen Fortpflanzung, innerhalb ihrer eigenen Rasse gezwungen; Christen durften bei Strafe keinen jüdischen Arzt nehmen; christliche Hebammen durften jüdischen Wöchnerinnen keinen Beistand leisten. So war den Juden also von Staats wegen von allen Seiten das Stigma als Verhexte und Geächtete aufgedrückt. Diese Beschränkungen bestanden z. B. in Preußen im Wesentlichen bis 1812. Da erging, unter der Nachwirkung der Niederlagen von 1806 und der diesen folgenden neuen Aera, eine Verordnung, durch welche die Juden zur Ausübung bürgerlicher Gewerbe, zum höheren Lehramt, zum Kriegsdienst mit dem Anspruch auf Beförderung, zum Landbau und zum Grunderwerb zugelassen werden sollten. Aber obgleich diese Verordnung Gesetzeskraft hatte, blieb in den nächsten Jahrzehnten der thaisächliche Zustand für die Juden der alte. Noch 1833 stimmten die Landstände der acht alten preussischen Provinzen, in den von ihnen über die Wirkung des Edikts von 1812 eingeforderten Gutachten, sämmtlich darin überein, daß eine wesentliche Aenderung in dem Verhältnis der Juden zur übrigen Bevölkerung nicht eingetreten sei, und sie sprachen sich gleichzeitig für Aufhebung dieser neuen Freiheiten und für Einführung alter Beschränkungen aus, insbesondere für das Verbot, Kauftra-

K

handel zu treiben, christliche Diensthöten zu halten, Grundbesitz zu erwerben und Ehrenämter zu bekleiden. Auch das Apothekergewerbe sollten sie nicht betreiben dürfen und das Gast- und Schankgewerbe nur für ihre eigenen Glaubensgenossen. In der Hauptstadt Berlin war von 1812 bis 1833 kein Jude in der Stadtvertretung oder im Stadtrath, ein Zustand, den die Antisemiten von heute bekanntlich als ihr Ideal ansehen. Erst das Jahr 1848 hatte für die Juden große Verbesserungen in sozialer und politischer Beziehung im Gefolge. Wenn die Juden sich an allen neuen Reformbestrebungen, wie an der Revolution hervorragend theiligten, so erklärte sich dies vollkommen aus ihrer Stellung als geknechtete, unterdrückte Rasse in Staat und Gesellschaft. Als die Reaktion siegt hatte, ging man allsald, und zwar 1851 im preussischen Herrenhause, wieder gegen die Juden vor. Man beantragte den Artikel 12 der Verfassung, Gewährleistung der Freiheit des religiösen Bekenntnisses und des Genußes der staatsbürgerlichen Rechte, für die Juden und alle Nichtchristen zu beseitigen. Sie sollten nicht Mitglieder des Landtags werden können und von richterlichen und allen mit exekutiver Gewalt bekleideten Aemtern ausgeschlossen sein. Diese sollten ausschließlich den Angehörigen der anerkannten christlichen Kirchen vorbehalten bleiben. Dieser Antrag wurde gestellt und verhandelt zu einer Zeit, wo der anerkannte Führer des Herrenhauses, Stahl, selbst ein ehemaliger Jude war; er hatte sich taufen lassen! (Heiterkeit.) Der Antrag fiel jedoch, und durch die neuere Gesetzgebung nach Begründung des Norddeutschen Bundes, beziehentlich des Deutschen Reichs, sind auch die letzten staatsbürgerlichen Beschränkungen für die Juden aufgehoben worden. Hat nun die taufenzjährige Gesetzgebung gegen die Juden und ihre beständige Maßregelung nicht erreicht, was sie erreichen sollte, so mußte dies für die Judenfeinde ein Beweis sein, daß ihre Bestrebungen nicht durchführbar sind, selbst wenn sie einmal zur Macht gelangen sollten, woran gar nicht zu denken ist.

In den ersten Jahren des Deutschen Reichs war charakteristischer Weise von einer antisemitischen Strömung in größerem Umfange nirgends etwas bemerkbar. Erst 1877 trat diese Bewegung als politische Erscheinung öffentlich auf, als in Berlin Stöcker sich zu ihrem Wortführer aufwarf und sie zuerst organisierte, worauf er noch heute besonders stolz ist. Diese Erscheinung aber war die natürliche Wirkung und Folge der ökonomischen Zustände, in welche Deutschland durch den großen Krach von 1873 gelangt war. (Sehr richtig!) Dieser hatte eine allgemeine Depression herbeigeführt. Die ins Leben gerufenen industriellen Riesenunternehmungen machten durch ihre Produktion auch dem Handwerker fürchtbare Konkurrenz; jetzt zum ersten Male fing innerhalb des kleinen und mittleren Gewerbestandes allgemein das Gefühl sich zu regen an, daß es mit

K

ihm abwärts gehe. Die große Prosperitätsepoche der ersten siebziger Jahre, die größte, die wir jemals gehabt haben, wird nie wiederkommen, weil alle Vorbereitungen dazu für immer vorüber sind. Als die Mittelschichten nun in diese bedenkliche ökonomische Lage gekommen und sich ihrer bewußt geworden waren, sängen sie natürlich auch an, nach dem Warum zu forschen. Nun ist ja ganz unbestreitbar, daß die Juden — ich spreche hier immer nur von der großen Majorität derselben — nach Erlangung der vollen Gleichberechtigung und in Folge der neuen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs, die der kapitalistischen Entwicklung ungeahnte neue Bahnen eröffnete, als handeltreibende und kapitalkräftige Leute bei dieser Entwicklung im Vordergrunde standen. Dazu kam, daß der Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, dem Christen meistens überlegen ist. Unzweifelhaft zeichnet das, was man Schacher nennt, einen Theil der Juden besonders aus. Der Jude versteht zu rechnen, er begnügt sich auch, wenn es sein muß, mit dem kleinsten Gewinn, er handelt ferner mit einer Anzahl von Dingen, die andern werthlos oder unscheinbar, vielleicht gar verächtlich erscheinen. Viele jüdische Kapitalmagnaten haben entweder persönlich oder durch ihre letzten Vorfahren durch diese Art Schacher die Grundlage für ihre heutige Stellung geschaffen. Alle diese Umstände in Verbindung mit den erwähnten Stammeigentümlichkeiten der Juden bewirkten, daß der Antisemitismus zuerst in den handeltreibenden Kreisen Boden fand; der Haß richtete sich gegen den Juden als Konkurrenten.

Thatsächlich ist das Judenthum in einer großen Anzahl von Handelszweigen der entscheidende Faktor geworden. Es ist maßgebend für den Handel mit Manufakturwaaren im weitesten Sinne, es beherrscht vollkommen in weiten Gegenden Deutschlands den Handel mit Agrarprodukten aller Art, so in Sessen-Massau, Baden, Württemberg, Nordbayern, Elsaß-Lothringen, Thüringen u. s. w. Im „Vorwärts“ bemerkte jüngst ein Genosse ganz richtig in einem Artikel über die Ursachen des Antisemitismus, für den Bauern seien Kapitalist und Jude identische Begriffe. Da nun die ganze ökonomische Entwicklung den Bauernstand immer mehr zurück und zu der Einsicht gebracht hat, daß trotz aller schönen Versprechungen, welche ihm die politischen Parteien Jahrzehnte lang gemacht haben, seine materielle Lage immer schlechter wird, daß er unrettbar verloren ist, wenn ihm nicht bald Hilfe gebracht wird, so hat er sich bereitwilligst denen in die Arme geworfen, die ihm zurufen: Schaff den Juden aus der Welt, dann wird für Euch die Periode des Wohlseins wieder anbrechen! Mit diesem einfachen Rezept arbeiten die antisemitischen Demagogen. Natürlich hat der Kleinbauer, der Kleingewerbe- und Handeltreibende nicht Lust in diesem Kampfe

K

unterzugehen, er sieht in dem seinen Retter, der ihm in seiner Noth einen Strohhalbm hinhält. Was uns in diesen Kreisen die Agitation so erschwert, ist, daß wir als ehrliche Leute ihnen sagen müssen: Wir haben keine Heilmittel innerhalb der heutigen Gesellschaft, Euch auf die Dauer zu retten. (Sehr richtig!) So wird denn unser Anhang in diesen Schichten zunächst ein schwacher sein, wenn auch Genosse Rakenstein mit seiner Behauptung Unrecht hat, daß wir keinen einzigen wirklichen Bauern in der Partei haben. Aber wir können sie nicht mit Versprechungen locken, von denen wir wissen, daß sie unausführbar sind. Dies thun aber die Antisemiten. Wir würden, folgten wir ihnen, zu Demagogen gemeinster Art herabsinken. Das sind Hauptgründe, die dem Antisemitismus beim Bauernstande Boden verschafft haben.

Die Wahl Fusangel's in einem rein bäuerlichen westfälischen Kreise, die Bestrebungen der Bauernbündler, das alles sind Wirkungen der Erkenntniß, daß nach Meinung dieser Abtrünnigen das Zentrum für sie auf ökonomischem Gebiete seine Schuldigkeit nicht gethan hat. Das ist zugleich ein Beweis auch dafür, daß auch diese scheinbar religiöse Partei einen ökonomischen, einen materialistischen Untergrund hat.

Wenn heute der Bauer seine Produkte verkauft, Kartoffeln, Getreide, Hopfen, Tabak, Wein, wer sind die Käufer? Juden. Wer leiht ihm die Kapitalien, wer kauft und verkauft sein Vieh? Juden. Da müssen denn antisemitische Erscheinungen zu Tage treten. Wie der Bauer, so leidet der Kleingewerbebestand unter der großartigen kapitalistischen Entwicklung, die in Deutschland seit 1871, höchstens vergleichbar mit der nordamerikanischen Entwicklung, Platz gegriffen hat. Diese Entwicklung ist ja längst soweit gediehen, daß das Kapital in Konkurrenz mit sich selbst tritt, daß der große Kapitalist den mittleren und kleinen totschlägt und auftritt. Der Schutz Zoll, der gerade zur Rettung von Handwerk und Bauernstand bestimmt sein sollte, hat in den letzten 15 Jahren die Entwicklung der Großindustrie außerordentlich begünstigt. Unsere Kapitalistenklasse, aus wenigen zehntausenden von Köpfen bestehend, behält jährlich sicher gegen 2000 Millionen Mark übrig, die in neuen Unternehmungen angelegt werden. Und nun tritt auch auf dem Gebiete der Industrie der Jude in Konkurrenz. Die fabrikmäßige Schuhmacherei, die Schneiderei, der Handel mit Kleidern, neuen und alten, die Tuchfabriken zc. liegen mehr oder weniger in den Händen von Juden. Der Jude, der als Großhandeltreibender eine Menge kleiner Handwerker beschäftigt, der als Kapitalist ein gros, als Ausbeuter auch auf diesem Gebiete auftritt, muß natürlich auch unter seinen Konkurrenten den Antisemitismus hervorgerufen. Und kommt nun ein antisemitischer Agitator in die Handwerker-, in die Bauernkreise und ruft: Schaff den Juden weg, dann wird Eure

K

Sage eine andere sein! so glaubt man ihm. Unsere Kleingewerbetreibenden, unsere Landleute, deren Ideale in den Zuständen der Vergangenheit liegen, fallen auf solche Versprechungen herein. Sie folgen in ihrem Drange, um jeden Preis gerettet zu werden, blindlings der Aufforderung der Antisemiten, die ihnen sagen: Tretet nur für uns ein, wählt uns, dann wird Euch sicher geholfen werden. In der That, wenn irgend wer mit Unverschämtheit und Unverschämtheit sondergleichen den Wählern Versprechungen macht, so sind es die antisemitischen Agitatoren. Ein Sozialdemokrat dürfte dergleichen nicht wagen; er würde von seinen eigenen Parteigenossen mit dem Besen aus der Versammlung gefegt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sehen weiter, daß Staat und Kommunen große Lieferungen von Arbeiten aller Art vergeben. Wer kann allein billig, rasch und massenhaft liefern, wer vermag das Rohmaterial billig einzukaufen, weil er das Kapital in Masse zur Verfügung hat? Es sind oft genug nur Juden! Sie bekommen natürlich die Lieferungen übertragen. Drücken sie nun, wie auch natürlich ist, die Handwerker, so wird bei diesen das Gefühl des Hasses und der Feindschaft nicht gegen den Kapitalisten, sondern gegen den Juden auf den Höhepunkt getrieben.

Wesentlich aus demselben Grunde, wie bei den Bauern und Kleingewerbetreibenden hat der Antisemitismus in den Kreisen des Handelsstandes Anhang gewonnen. Aber der Antisemitismus reicht noch viel weiter. Große Kreise unserer Beamtenwelt sind Antisemiten. Ein erheblicher Theil ist in Folge schlechter Bezahlung und in Folge der Ansprüche, die an sogenanntes staubesgemäßes Auftreten gestellt werden, Schulden zu machen, und diese muß er beim Wucherer, beim Halsabschneider machen; er kann sichere Garantien nicht gewähren, weil er in der Regel keinen Besitz hat. Nach dem wirtschaftlichen Grundsatz, daß einem größeren Risiko auch ein größerer Gewinn gegenübersteht, muß eine Theorie, die nicht ein Jude, sondern die bürgerlichen Oekonomen, und in Deutschland mit großem Nachdruck Schulze-Dehnsch gelehrt haben, sind die Zinsen hohe; es sind Wucherzinsen. Die Wucherer sind aber wieder zum großen Theile Juden. Mit Unrecht sagt man den Juden nach, sie seien feig. Kein Mensch riskirt mehr als der Jude; in der Hoffnung auf höheren Gewinn betreibt er mit Vorliebe diese Geschäfte. Wir sehen gerade jetzt wieder an den Spielerprozessen in Hannover ein ähnliches Schauspiel; es sind Juden, allerdings Individuen der verkommensten Art, die die Hauptrolle unter den Angeklagten spielen. In einer verschuldeten Beamtenchaft faßt begreiflicherweise auch der Antisemitismus Wurzel. Auch läßt sich unter der Fahne des Antisemitismus seitens der Beamten unter Umständen Opposition treiben. (Sehr richtig!) Es ist die staatlich erlaubte Opposition, die sonst den Beamten unmöglich ist. Er darf

K

höchstens in konservativen oder antisemitischen Versammlungen auftreten, sonst nirgends. Und da es in ersteren in der Regel entschuldigend langweilig zugeht, bei den Antisemiten aber es Radau und Aufregung giebt, so zieht er die letzteren vor; es wird dort auch seiner Loyalität und Königstreue, die er zur Schau tragen muß, kein Zwang auferlegt. (Weiterkeit.) Aus ganz ähnlichen Ursachen ist der Antisemitismus in den Offizierskreisen und im Feudaladel vertreten. Unser Junkerthum ist theilweise durch Verschwendungssucht, theilweise auch durch seine gesellschaftliche Stellung, die es zu Ausgaben über seine Mittel nöthigt, gezwungen, dem Wucherer in die Hände zu fallen. Erst borgt der Jude, dann tritt er als Käufer der Rittergüter auf, oft wird er selbst Besitzer und vermehrt so die Gründe, daß der Feudaladel sich im antisemitischen Lager befindet. Das verhindert freilich nicht, daß der hochadelgeborene Adlige oft nach einem jüdischen Goldfisch angelt, um durch die Heirath mit ihm seine brüchige Existenz zu retten und das alte Adelswappen frisch zu vergolden. (Weiterkeit.) Wer die Memoiren von Moritz Busch gelesen hat, wird sich eines drastischen Wortes von Bismarck entsinnen, das ich aus Anstandsrückichten hier nicht wiederhole. (Weiterkeit und Sehr gut!) Noch ein Element ist antisemitisch und sogar in der Bewegung einflußreich, das sind die Studenten. Diese sind heute zum größten Theil Antisemiten. Auch sie sind es aus materiellen Ursachen, obgleich das auf den ersten Anblick unwahrscheinlich erscheint. Sie sind sogar auf die Juden am meisten erboht. Der Konkurrenzkampf spielt heute auch innerhalb der Gelehrtenkreise, der Kreise mit höherer Bildung, eine einflußreiche Rolle. Schon in der ersten Auflage meines Buches „Die Frau“ habe ich darauf hingewiesen, daß wir, wie an einer Ueberproduktion an Waaren, so auch an einer solchen an Intelligenzen leiden. Unsere kleineren Gewerbetreibenden, unsere mittleren Bauern fällt es sehr häufig nicht mehr ein, ihre Söhne Handwerker oder Bauern werden zu lassen. Sie wissen, daß dabei nichts mehr herauskommt, sie fühlen, daß sie Mühe haben, ihre eigene Existenz noch aufrecht zu erhalten. Mit dem Aufwand ihrer letzten Kräfte lassen sie ihre Söhne studiren, damit diese nachher in die staatliche, in die Beamtenkarriere gelangen oder als Aerzte oder Juristen ihre Existenz haben, oder als Architekten, Chemiker, Ingenieure etc. bei öffentlichen oder industriellen Unternehmungen eine Lebensstellung finden. Aber auf allen diesen Gebieten ist in Folge des großen Zuflusses ein Ueberangebot von Kräften vorhanden, das mit der Nachfrage im schreiendsten Mißverhältniß steht. Charakteristisch dafür ist, daß, während in der Kulturkampfszeit in Folge der Abneigung der Söhne der Bourgeoisie, Geistliche zu werden, ein fühlbarer Pfarrermangel vorhanden war, man sich jetzt wieder „der Noth gehorchend, nicht

K

dem eigenen Triebe", weil alle übrigen Fächer überfüllt sind, dem Studium der Theologie zugewandt hat, sodaß heute alle Pfarrstellen wieder besetzt sind. Bei der Wohlhabenheit und dem Reichthum der Juden, bei ihrem unleugbar vorhandenen geistigen Streben nach höherer Bildung schicken sie ihre Söhne auch zahlreich auf die Universitäten, und sie studiren Jura, Medizin etc. Darin erblicken unsere „germanischen“ Studenten eine sehr unliebsame, unangenehme Konkurrenz. Die allgemein bekannte Thatsache, daß die Juden sich durch ungemeine Ausdauer, Zähigkeit und oft durch Nüchternheit auszeichnen (Schoenlant: Oho!), ja, Genosse Schoenlant (Heiterkeit), macht sie ihren Segnern noch verhaßter. Auch der christliche Kleinhandwerker und Kleinhändler glaubt in der Regel den Tag nicht ordentlich verlebt zu haben, an dem er nicht einen Frühschoppen von ein paar Stunden machte. Das fällt dem Juden nicht ein. Der Jude bleibt zu Hause im Geschäft. Bezüglich des Alkoholgenußes kann er durchschnittlich sogar als Ideal unserer Antialkoholisten gelten. Der jüdische Student studirt meist fleißig den größten Theil der Zeit, die er auf der Universität ist, der „germanische“ Student schlägt sich in den Kneipen, auf dem Sechsboden oder an anderen Orten, die ich nicht nennen will, umher. (Große Heiterkeit.) Graf Mirbach hat vor einigen Jahren in einem öffentlichen Blatte eine Warnung erlassen müssen, daß der große Luxus der Corps, namentlich der Verbindung „Borussia“ in Bonn, aufhören möge, weil viele Väter mehr als 15 000 Mark pro Jahr für den Sohn nicht leisten könnten. (Hört!) Die Juden sind fleißig, lernen und schlagen dann im Examen sehr oft ihre germanischen Kommilitonen. Würden diese ebenso arbeiten und studiren wie durchschnittlich die Juden, der jetzige preussische Kultusminister Boffe hätte keine Veranlassung gehabt, seinen Vortrag über das juristische Studium und das Nichtwissen eines großen Theils der jungen Juristen zu halten, worin er ziemlich deutlich aussprach, daß die jungen Juristen vielfach Streber seien, die durch friedliche Gesinnung zu ersehen suchen, was ihnen an Wissen und Charakter abgeht.

Damit habe ich in möglichster Kürze die Erscheinungen skizziert, die nach meiner Auffassung dazu beigetragen haben, den Antisemitismus zu dem zu machen, als was er sich jetzt darstellt. Es ist aufgefallen, wie der Antisemitismus gerade in Sachsen, wo verhältnismäßig wenig Juden leben, einen solchen Aufschwung hat nehmen können. Nun, es kommt nicht darauf an, ob der Jude am Orte ist, sondern ob er sich als unangenehmer Konkurrent bemerkbar macht. Das ist aber in Sachsen so gut der Fall wie anderswo. Weiter kommt hinzu, daß die meisten sächsischen Konservern sich durch ein besonderes Maß von Charakterlosigkeit und Kriecherei nach Oben auszeichnen und durch ihre Haltung die Un-

K

zufriedenheit ihrer Wähler in dem Maße erregten, daß diese sich den Antisemiten, die sich als Helfer und Großsprecher aufstellten, in die Arme warfen. Auch kommen sie mit scheinbar radikalsten Forderungen, die bei dem im Innern demokratisch gesinnten Kleinbürger Befall finden müssen. Warum ist z. B. in Deutschland eine eigentliche demokratische Partei nicht mehr möglich? Weil der Handwerker- und Bauernstand, der die Hauptgrundlage für eine solche bildete, immer mehr an Macht verliert. An ihre Stelle trat der Liberalismus, der Repräsentant der Bourgeoisie, die einen größeren Theil der erwählten Schichten in ihren Bann zwingt. Je schwieriger im Laufe der nächsten Jahre der Existenzkampf für die Mittelschichten unserer Gesellschaft sich gestaltet, je rapider sie sich dem Untergange entgegenreiben sehen, und das wird geschehen, desto mehr werden sie sich, darüber täuschen wir uns nicht, der antisemitischen Bewegung noch zuwenden. Wir kommen bei diesen Schichten erst an die Reihe, wenn der Antisemitismus sich bei ihnen abgewirksam hat, wenn sie durch die Erfahrung, durch das Verhalten ihrer antisemitischen Vertreter im Reichstage und anderwärts erkennen, daß sie getäuscht wurden. Dann kommt die Stunde unsrer Ernte, früher nicht. (Sehr richtig.) In seinem Kampfe um die Herrschaft wird der Antisemitismus genöthigt werden, wider Willen über sein eigenes Ziel hinauszuschießen, wie es sich schon jetzt bei Herrn Ahlwardt bewiesen hat, der erst Arm in Arm mit dem Junkerthum in den Kampf trat und allmählig durch die Stimmung seiner Wähler genöthigt wurde, die Parole auszugeben: Wider Juden und Junker! Auch für die heftige Bewegung ist es nicht mehr ausreichend, gegen die Juden allein loszugehen, sie muß sich bereits gegen das Kapital überhaupt wenden; ist erst dieser Moment da, dann kommt auch der Zeitpunkt, wo unsere Anschauungen auf fruchtbaren Boden fallen und wo wir den Anhang gewinnen werden, den wir augenblicklich noch vergebens erstreben.

Die widerspruchsvolle Natur des Antisemitismus kommt in den widerpruchsvollen, theils ultrareaktionären und konserватiven, theils demokratischen und manchen mit unserem Programm übereinstimmenden Forderungen ihres Programms zum Ausdruck.

Sie verlangen z. B. Zusammensetzung der Volksvertretung aus Berufsständen, eine ganz reaktionäre, ins Mittelalter zurückgreifende Forderung; solange das aber nicht erreicht ist, sind sie mit dem allgemeinen Stimmrecht einverstanden und sie wünschen natürlich auch Diäten. Einen Antrag auf Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts würden sie also zur Zeit aufs entschiedenste mit uns gemeinsam bekämpfen, weil dieses ihnen allein die Existenz im Reichstage möglich macht. Sie wünschen ferner Abschneidung der unästhetischen Auswüchse in Presse, Literatur und Kunst, womit der

K

schlimmsten Reaktion Thür und Thor geöffnet wird, wie die lex Heinze bewiesen hat; Wahrung des christlichen, nationalen Charakters der Schule, also eine durchaus konservative Forderung. Daneben aber verlangen sie wieder Ausbildung undemittelteiler, hervorragend befähigter Schüler auf Staatskosten, was auch wir ähnlich im Programm haben. Eine starke Heeresmacht zur Erhaltung des Friedens nach außen und nach innen. Gegen wen diese nach innen nötig sein soll, brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Geiterkeit.) Sie verlangen ferner durchaus demokratisch eine progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer, daneben aber eine Wehrsteuer und die Beibehaltung der Getreidezölle, womit die Bauern gefangen werden sollen. Des weiteren wird gefordert soziale Neuordnung der Berufs- und Erwerbsstände — also wieder eine rein mittelalterliche Forderung! Beschränkung der Gewerbefreiheit, Handwerkerkammern mit ehrengerichtlichen Befugnissen; Verstaatlichung der Grundschulden.

Diese letztere Forderung wird auch im Kommunistischen Manifest erhoben und sie ist ähnlich in einer deutschen Kammer gegenwärtig von unsern Genossen gefordert worden. Wunderbar, daß Antisemiten, Bauernbündler und wir scheinbar dieselbe Forderung aufstellen! Aber diese Forderungen haben im Grunde mit einander gar nichts gemein. Das Kommunistische Manifest fordert die Verstaatlichung der Hypotheken unter der Voraussetzung, daß eine sozialistische Staatsleitung bereits vorhanden ist. Wir fordern bekanntlich Verstaatlichung des gesamten Grund- und Bodeneigentums und nur als Uebergangsstadium fordert das Kommunistische Manifest Verstaatlichung der Hypotheken. Das heißt also, können wir nicht ohne Weiteres die Kapitalistenklasse expropriieren, so sind wir bereit, dem Hund den Schwanz rückwärts abzuschneiden (Geiterkeit), indem wir das Kapital durch Reduzierung des Zinsfußes allmählich zu Grunde richten. Die Männer, die das Kommunistische Manifest verfaßten, wußten sehr gut, daß diese Forderung im Grunde wenig Bedeutung habe, aber vielen Anklang finde und in der Uebergangszeit vielleicht nötig sei. Wenn aber heute gegenüber einer bürgerlichen Regierung, gegenüber einem mächtigen Großgrundbesitz und Agrarierthum diese Verstaatlichung des Hypothekenwesens angeregt wird, damit die Herren Agrarier niedrigere Zinsen bezahlen, so ist das eine durchaus konservative Maßregel, auch wenn Sozialdemokraten sie fordern; sie bedeutet die Bevorzugung einer Klasse auf Kosten der Gesamtheit, auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig.) Beschafft der Staat die Verzinsung der Grundschuld billiger, dann haben nicht bloß die Kleinbauern, sondern auch der Großgrundbesitz einen Vortheil davon. Würde die Verzinsung durch den Staat z. B. gar mit 3 pCt. bewirkt, während der Staat, um Geld aufzunehmen, 3 1/2 pCt. zahlen muß, so müßte das 1/2 pCt. Zins für Milliarden Hypothekenschulden

K

aus Steuerquellen aufgebracht werden; nicht die Kapitalisten, sondern die große Masse müßte diese Belastung auf sich nehmen. Es ist also bedenklich, aus Eifer für praktische Thätigkeit ein so verkehrtes Mittel vorzuschlagen. Ich kann diejenigen Genossen, die in die Landtage kommen, nur davor warnen, in ihrem Eifer, in Kreisen propagandistisch zu wirken, die vorläufig doch nicht und theilweise garnicht zu gewinnen sind, an der fünftlichen Aufrechterhaltung von Gesellschaftszuständen mitzuarbeiten, an deren Aufrechterhaltung wir am allerwenigsten mitarbeiten dürfen. Das Wort der Unabhängigen von der Verjüngung unserer Partei halte ich nicht für berechtigt, aber wir müssen ein wachsameres Auge haben.

Die weiteren Forderungen des antisemitischen Programms: Beschränkung des Hausirhandels, Verbot der Bazare, der Geschäftsreklame u. s. w. sind nur ein interessanter Beweis für die Demagogie der Antisemiten. Da donnert z. B. einer der ihrigen bei den Landtagswahlen in Sachsen gegen die jüdischen Ausbeuter, kein Christ dürfe bei einem Juden kaufen; als er aber in der Versammlung seinen Ueberzieher auszieht, entdeckt einer unserer Genossen an demselben eine jüdische Firma! (Große Geiterkeit.) Mir wurde gesagt, der Betreffende sei so verschuldet, daß keiner seiner christlichen Mitbürger ihm noch etwas borge. (Geiterkeit.) Weiter wird im Programm die Beschränkung der Konsumvereine, die Errichtung überseeischer Straffolonien, Beförderung der inneren Kolonisation gefordert. Wer am ersten zur Verschickung in die Straffolonien verwendet werden soll, brauche ich wohl auch nicht auszuführen. (Geiterkeit.) Endlich wird gefordert Aufhebung der Judenemanzipation und Stellung der Juden unter ein Fremdenrecht. Damit wird man nach den im Mittelalter gemachten Erfahrungen nicht weit kommen; denn in dem Punkte der Mahnung: Seid fruchtbar und mehret Euch wie Sand am Meer! haben die Juden das Gebot ihrer Väter streng befolgt und besolgen es noch. (Geiterkeit.)

Kurz, dieses mixtum compositum von einem Programm entspricht ganz der widerspruchsvollen Natur des Antisemitismus. Was ich Ihnen über die Wahrscheinlichkeit seiner weitem Ausbreitung, ja über die Nothwendigkeit derselben gesagt habe, führt dazu, daß er schließlich wider Willen revolutionär werden muß, hier haben alsdann wir, die Sozialdemokratie, einzusetzen. Dieser Gedankengang ist in der Resolution, wie ich glaube, genügend zum Ausdruck gekommen. Ich kann nur bitten, daß Sie möglichst einstimmig derselben ihre Zustimmung geben. (Andauernder lebhafter Beifall.)

Von Bock, Hülle und Geyer ist folgender Antrag eingelaufen:  
„Nach Anhörung des trefflichen Referats beantragen die Unterzeichneten, von einer Diskussion Abstand zu nehmen.“

K

Bebel erklärt sich gegen den Antrag. Es freue ihn, wenn die Versammlung mit dem Referate zufrieden sei, er sei aber schon aus allgemeinen Gründen dagegen, daß ihm eine Extrawurft gebraten werde. Eine allgemeine Debatte, in welcher die Genossen aus ihrer Erfahrung Momente anführten, die in der Agitation gegen den Antisemitismus verwendet werden könnten, würde sehr nützlich und aufklärend wirken.

Bock bittet mit Rücksicht auf die noch umfangreiche Tagesordnung seinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag Bock wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bebel (persönlich): Es wird mir gesagt, daß meine Ausführungen über den in der bayerischen Kammer gestellten Antrag auf Verstaatlichung des Hypothekewesens nicht ganz den Thatsachen entsprechen. Diegt ein Irrthum meinerseits vor, so werde ich keinen Anstand nehmen, ihn selbst richtig zu stellen im Protokoll. Ich wiederhole aber, ein Antrag auf Verstaatlichung des Hypothekewesens zur vermeintlichen Rettung des Bauernstandes kann und darf von unserm Standpunkt aus nicht gestellt werden.\*

Die von Bebel vorgelegte Resolution wird darauf einstimmig angenommen.

Der Antrag 37 II der Parteigenossen in Altona, „Die Rede Bebel's über den Antisemitismus als Broschüre erscheinen zu lassen“, wird darauf zur Debatte gestellt und von Heinrich-Altona zur Annahme empfohlen.

Zoest-Mainz ist gegen die Drucklegung. Bebel seien große Unrichtigkeiten unterlaufen. So wie die Rede gehalten sei, könne sie nicht gedruckt werden. Als Leitfaden für die Genossen möge man sie herausgeben, aber ohne die historischen Ausführungen, die gar keinen Werth für die Agitation hätten. (Oho!) Für die Agitation sehr wichtige Momente seien mit keinem Jota erwähnt worden. Wer Liebschütz's Grund- und Bodenfrage, wer die Jahrgänge der „Neuen Zeit“ aufmerksam gelesen habe, für den habe Bebel nichts

\*) Ich habe dem oben abgegebenen Versprechen gemäß mich mit dem Antrag unserer Genossen und der Motivirung desselben durch den Genossen von Vollmar in der Sitzung des bayerischen Landtages vom 26. Oktober 1893 bekannt gemacht. Da es nur nicht angeht, daß ich hier Auseinandersetzungen mache, und es auch nicht meine Absicht ist, jetzt eine Polemik hervorzurufen, so begnüge ich mich zu erklären, daß soweit meine Ausführungen in der obigen Rede dahin gehen, daß die Absicht des obigen Antrages sei: Der Staat solle eventuell zu billigerem Zins, als er selbst für das geliehene Geld zu zahlen habe, Hypotheken gewähren, unbegründet sind und ich sie deshalb als irrtümlich zurückziehe. Meine übrigen Ausführungen halte ich aufrecht.

Berlin, den 2. Dezember 1893.

August Bebel.

K

Neues gesagt. In der Agitation aber trete täglich Neues auf; um eine wirksame Broschüre zu erhalten, müsse man gründlich die Fachzeitschriften studiren und namentlich das Material, das der Bund der Landwirthe den Bauern aufischt, kritisch bearbeiten. Die heute die Debatte so abgeschlachtet hätten, seien noch nicht so mit dem Antisemitismus im Kampf gewesen, wie die heftigsten Genossen. Ganz besonders falsch seien die Ausführungen Bebel's über den Hypothekenantrag gewesen.

Ein wiederholt gestellter Antrag, die Debatte wieder zu eröffnen, wird wiederholt abgelehnt.

Müllarg ist für die Drucklegung, bittet aber außerdem, daß zur leichteren Verbreitung auf dem Lande eine leicht faßliche, kurze Schrift über den Antisemitismus herausgegeben werde. In dieser Schrift müsse namentlich auch auf die Zerrissenheit der Antisemiten unter sich hingewiesen werden.

Bebel: Wenn der Vortrag gedruckt wird, würde er natürlich noch eine ganze Reihe von Ergänzungen erfahren. Andererseits muß ich Zoest nach seinen gefällig klingenden Anschuldigungen doch auffordern, mir im Einzelnen nachzuweisen, wo die Irrthümer liegen. Ich höre jetzt bloß von ihm, daß er mich in Bezug auf den bayerischen Antrag mißverstanden hat. Uebrigens bedauere ich selbst am meisten, daß die Debatte geschlossen ist; ich habe gegen den Schluß gestimmt, weil ich genau weiß, daß gerade die Hessen auf diesem Gebiete viele Erfahrungen gemacht haben. Zweifellos wäre die Verhandlung sehr instruktiv gewesen. Gegen den Vorwurf Zoest's und gegen seinen Ton verwahre ich mich nochmals.

Stein-Hanau hält gerade die Veröffentlichung des historischen Theils für ein Bedürfnis.

Heusgen billigt die Drucklegung für die Genossen, unter denen über die antisemitische Frage noch viel Konfusion herrsche. Diejenigen, welche wir vom Antisemitendusel kuriren wollen, würden den historischen Theil garnicht verdauen.

Razentstein will die Rede bloß ins Protokoll, aber nicht separat veröffentlicht haben, sonst bekomme sie einen partei-offiziellen Charakter und das dürfe nicht geschehen. (Große Heiterkeit.) Im historischen Theil seien tatsächlich einige Fehler und der moderne Theil sei nicht erschöpft. Bebel habe ferner einen schweren Vorwurf gegen die Landtagsabgeordneten geschleudert; solche Dinge könnten aber nur nach gründlichster Erwägung durch einen Parteitag, nicht durch das Urtheil eines Einzelnen entschieden werden. Die Partei dürfe sich im Interesse der Agitation und der Parteientwicklung nicht auf den Standpunkt stellen, daß den Kleinbauern nicht entgegengekommen werden dürfe.

Auer spricht sich für die Drucklegung aus. Bei derselben möge auch die von Bebel am Schluß erörterte Angelegenheit berück-

K

sichtigt werden. Die Anträge der bayrischen Abgeordneten hätten durch Bebel heute eine Beurtheilung erfahren, die in der Broschüre nicht so hart ausfallen dürfte, wenn er das Material genügend geprüft habe, wozu ihn bei seiner ungeheuren Ueberlastung mit Arbeiten nicht die genügende Zeit geblieben sei. Vollmar habe, wie Redner durch Verlesung des betreffenden Passus darthut, gerade den Standpunkt vertreten, daß eine Bevorzugung einer einzelnen Klasse nicht stattfinden dürfe, und man könne ihm den Vorwurf, er habe nicht prinzipiell, programmgemäß gehandelt, nicht machen.

Dertel bittet diese Nichtigstellung bei der Drucklegung zu berücksichtigen. Der erhobene Vorwurf sei so schwer, daß er nicht noch durch die Broschüre weiter verbreitet werden könne. Der Schluß der Debatte sei aus diesem Grunde doppelt bedauerlich.

Darauf wird der Antrag 57 II. angenommen. Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt, und der Parteitag wendet sich zu Punkt 8:

#### Anträge zu Programm und Organisation.

Zum Programm liegen in der gedruckten Vorlage die Anträge 5—10 vor.

Nur die Anträge 6, 7, 10 erlangen die erforderliche Unterstützung und gelangen zur Verhandlung.

Dertel-Mürnberg bittet die Anträge abzulehnen. Es läge zur Zeit ein Bedürfnis für eine Aenderung nicht vor, sonst würde er eventuell für Streichung jedes auf Religion bezüglichen Passus sein. In der Landagitation die Religion möglichst aus dem Spiele zu lassen, wie man empfohlen habe, verräthe eine naive Furcht; je weniger wir darüber reden, desto mehr werden unsere ärgsten Gegner, die Theologen, das gegen uns ausbeuten. Es bleibe dabei, Religion ist Privatsache, aber der Sozialismus steht auf dem Boden der exakten Forschung. In den Reihen der Sozialdemokratie ständen Viele, die ihrer wirtschaftlichen Stellung nach recht gut in der Lage wären, der Landeskirche den Rücken zu kehren; daß sie es nicht thäten, sei umfomehr eine Inkonsequenz, als Kirchensteuern eine materielle Unterstützung der Kirche bedeuten. Zu dieser Frage müßte einmal der Parteitag Stellung nehmen.

Leopold-Zeig verweist auf den Fall Wächter und bittet um Annahme des Antrages 6. Die Parteiliteratur besage an den zahlreichsten Stellen, die Sozialdemokratie sei eine antireligiöse Partei.

Auf Antrag Heusgen wird über die Anträge 6, 7, 10 zur Tagesordnung übergegangen. Auch ein Antrag Schulze-Bernburg, den Punkt V 6 des Programms auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, wird abgelehnt, nachdem Zoesit betont hat, daß man mit der bisherigen Fassung 20 Jahre lang

gut ausgekommen sei und schon die heutige Debatte, namentlich Dertel's Ausführungen, den Gegnern recht sehr gelegen kommen werde.

Zur Organisation liegen gedruckt vor die auf den Parteitag bezüglichen Anträge 11—19 und der während der Verhandlungen eingebrachte Antrag 130. Von diesen Anträgen scheiden mangels erforderlicher Unterstützung aus die Anträge 12, 13, 15, 16 und 18; ebenso eine Reihe aus der Mitte der Parteitages gestellten Anträge.

Auer beantragt, daß Anträge von einzelnen Genossen an den Parteitag in Zukunft nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie neben der Unterschrift des Antragstellers auch noch eine Beglaubigung des Vertrauensmannes über dessen Parteizugehörigkeit enthalten.

Auer: Es ist Ihnen mitgetheilt worden, daß wir der Schaffung einer neuen Parteioorganisation im Laufe dieses Jahres werden näher treten müssen. Deshalb sollten wir an den bisherigen Bestimmungen keine Aenderung vornehmen, die nicht unbedingt nötig ist, da sonst die vorhandenen Druckemplare Nullaktur werden. Ich beantrage daher auch keine Aenderung des Statuts, sondern bitte Sie vielmehr, den eben mitgetheilten Antrag zum Beschluß zu erheben. Jeder Genosse hat das Recht, Anträge zu stellen, aber nicht Jeder kann dem Parteivorstand persönlich bekannt sein, wir haben nicht die geringste Möglichkeit der Kontrolle. Es liegt auch ein praktischer Anlaß zu diesem Antrag vor; bei der letzten Zusammenstellung der Vorlage lag uns ein Unglaubliches enthaltender Antrag vor; auf Erkundigung erfuhren wir dann, daß der Antragsteller gar kein Parteigenosse, sondern ein halb Verrückter sei. (Heiterkeit.) Ich bitte namens des Parteivorstandes recht dringend um Annahme des Antrages.

Zur Debatte gestellt wird Antrag 11: (Abhaltung des Parteitages zwischen Weihnachten und Neujahr).

Zubeil-Berlin: Ein großer Theil sehr tüchtiger Genossen sei bei der jetzigen Einrichtung vom Besuch der Parteitage ihrer wirtschaftlichen Lage wegen ausgeschlossen und man bekomme meistens auf den Parteitagen dieselben Personen zu Gesicht. In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr ständen aber die meisten Fabriken still.

Schoenlank versteht zwar die Beweggründe der Berliner, hält ihren Vorschlag aber für falsch und empfiehlt die Pfingstwoche zu wählen. Die proletarischen Schichten müßten, schon um gewisse Vorbürfe nicht immer wiederkehren zu lassen, am stärksten vertreten sein. In katholischen Ländern seien außerdem an den zwei Feiertagen Versammlungen nicht gestattet. Früher habe man alle Kongresse um die Pfingstzeit abgehalten, um diese Zeit könnten die Proletarier am leichtesten reisen.